

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Preis: 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (inkl. Post) 2 RM. (halbjährlich 10 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III / Verlagsdirektion: Dresden-III, Postfach 11111 / Druck: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III, Postfach 11111 / Druckzeitung: Dresden-III, Postfach 11111 / Druckzeitung: Dresden-III, Postfach 11111 / Druckzeitung: Dresden-III, Postfach 11111

3. Jahrgang Freitag, den 16. September 1927 Nummer 217

Ein Gieg Englands in Genf

Die Wahlen zum Völkerbundsrat

Genf, 15. September. (Telunion.) Die Völkerbundsversammlung schließt heute nachmittags zur Wahl der jährlich auscheidenden drei Ratsmitglieder, die nach der am 16. September a. V. von der Völkerbundsversammlung beschlossenen Wahlordnung in geheimer Stimmzettelwahl mit einfacher Stimmenmehrheit erfolgt. In diesem Jahre scheiden aus: Belgien, Tschechoslowakei und San Salvador. Die Wahl der neuen Ratsmitglieder erfolgt auf drei Jahre. In Wahlzettel wurden Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Außenminister Dr. Chamberlain gewählt. Das Haus war bis auf den letzten Platz besetzt und zeigte mit gespannter Aufmerksamkeit den Verlauf der Abstimmung. Die Delegierten wurden wie üblich in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen, um die Wahlzettel, der die Namen dreier Länder enthalten muß, in den Stimmkasten zu werfen. Als erster kam Staatssekretär von Schwab ab, darauf folgten der Reihe nach die anderen 48 Delegierten.

Kuba, Finnland und Kanada gewählt

Genf, 15. September. (Telunion.) In der heutigen Vollerversammlung des Völkerbundes wurden in erster Wahlrunde in geheimer Stimmzettelwahl zu nichtständigen Ratsmitgliedern Kuba mit 40, Finnland mit 33 und Kanada mit 26 Stimmen gewählt. Insgesamt sind 49 Stimmen abgegeben worden. Es entfielen ferner noch 23 auf Griechenland, 11 auf Portugal, 2 auf Ungarn, 2 auf Dänemark, 1 auf Spanien. Die Wahl erfolgte nach einfacher Stimmenmehrheit. Nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses erklärte der Präsident Gené, daß Kuba, Finnland und Kanada zu nichtständigen Ratsmitgliedern gewählt worden sind.

London über die Wahl Kanadas erfreut

London, 15. September. (Telunion.) Die Wahl Kanadas als nichtständiges Mitglied des Völkerbundes hat in politischen Kreisen Londons große Befriedigung ausgelöst, während gleichzeitig das Ausscheiden Belgiens aus dem Rat bedauert wird. Man hofft, daß Belgien in der nächsten Wahlperiode Mitglied der ständigen Kommission zu bleiben, eine Genugtuung für seine Wahlverlorenheit.

Französische Klagen

Paris, 15. September. (Telunion.) Die Pariser Abendpresse beklagt sich einstimmig über das Verhalten des Völkerbundes gegenüber Belgien, wobei sie allerdings hervorhebt, daß gerade Dr. Stresemann ostentativ seine Stimme für Belgien abgegeben habe. Dennoch spricht der Temps von einem unangenehmen Eindruck, den Deutschlands Kammerheit im Völkerbunde hervorruft, während Belgien als erstes Opfer des Völkerbundes nicht an den Verhandlungen teilnehmen könne. In offiziösen Kreisen äußert sich ähnlich und meint, man hätte Belgien, indem man ihm den ständigen Ratsitz verweigert, die Wahlverlorenheit versprochen. Was geschieht nun, so fragt das Blatt, mit diesem Versprechen, wenn sich die Vollerversammlung gegen das Prinzip der Wiederwählbarkeit ausspricht?

Enttäuschung in Belgien

Brüssel, 15. September. (Telunion.) Die Nachricht von dem Ausscheiden Belgiens aus dem Völkerbunde hat allgemein in Belgien tiefe Enttäuschung hervorgerufen. Der Sozialdemokratismus hat diese Niederlage in Belgien allgemein tief bedauert werden würde. Man frage sich, was für Einflüsse wirksam gewesen seien, um Belgien auszuweisen. Belgien, das der Vorkämpfer und das Opfer des Rechts gewesen sei. Das Blatt schließt mit der Feststellung, daß Belgien in dem Augenblick ausscheidet, in dem Deutschland in den Völkerbunde aufgenommen worden sei. Dies sei ein bewußtes Zeichen der Zeit. Das sozialistische Blatt Peuple heißt sich, Belgien hätte eigentlich im Völkerbunde bleiben müssen, weil es zu den Ländern gehöre, die an der Abwicklung beteiligt seien und zu den Hauptmächten gehöre. Die an der Ueberwachung der Durchführung des Versailler und Dawes-Vertrages besonders interessiert seien. Diese umhüllende Entschädigung beruhe den Völkerbunde Rat an der Hand, der zusammen mit Venedig ein Diener des Friedens gewesen sei. Die freudlich und demokratischen Tendenzen seien so im Völkerbunde geschwächt worden.

Das Ergebnis der Wahlen zum Völkerbunde ist ohne Zweifel ein Erfolg des englischen Imperialismus. Sind doch an Stelle der beiden an sich französisch orientierten Vertreter Belgiens und der Tschechoslowakei die beiden Staaten Finnland und Kanada getreten, die im Völkerbunde englische Interessen vertreten. Andererseits zeigt aber auch das Wahlergebnis, daß sich der Einfluß des französischen Imperialismus in der Völkerbundeversammlung vermindert hat. Der Vertreter Kanadas erhielt beispielsweise nur 26 von 49 abgegebenen Stimmen. Immerhin ist es Chamberlain mit dieser Erweiterung des englischen Einflusses im Völkerbunde um weitere zwei Stimmen gelungen, den französischen Vorteil zurück abzuschlagen. Das Aufstumpfen Englands wird Pointcaré

Vorstoß der Metallarbeiter

Die Betriebsräteversammlung der Dresdner Metallarbeiter fordert Abschluß eines Zwischentarifes

Dresden, 16. September. Wie uns heute morgen mitgeteilt wird, wurde in der gestern stattgefundenen, von etwa 500 Personen besuchten Betriebsräteversammlung folgende Entschließung angenommen: „Die am 15. September im Regierheim tagende Betriebsräteversammlung des DVM hat von den Vorschlägen der Funktionäre von Seidel, Kaumann, Hufschmidt, H. und S. Sachse sowie von der Ortsverwaltung Kenntnis genommen. Die Betriebsräteversammlung stellt fest, daß die Forderungen auf eine zwischentarifliche Lösung in der Lohnfrage für die Metallarbeiter durch die betriebsräte und fortwährende Teuerung berechtigt sind. Die Betriebsräteversammlung verlangt von der Ortsverwaltung, daß sie sofort alle notwendigen Schritte einleitet, um eine Erhöhung der Löhne zu erreichen.“

Weit mehr und eindringlicher als es die, wenn auch langsam, so doch fortgesetzt aufsteigenden Löhne der Reichs- und landesstaatlichen Beamten erkennen lassen, verärgern die Arbeiter die behändig fortgesetzte Teuerung für alle notwendigen Dinge der Lebenshaltung. Die tarifliche festgelegte Löhne verlieren beständig an Kaufkraft. Von Woche zu Woche wird die Lage der Arbeiter schlechter. Die Auswirkungen des Inflationswunders werden immer deutlicher bemerkbar. Die Großhandelspreise sind vom 7. Sept. betragen 1927 und liegt damit um 64 Prozent höher als in der Vormache. Dabei erhöhte sich die Inflation für Agrarstoffe allein um 1,1 Prozent. Während die Arbeiter den Hungererzernen enger schnallen, fahren die Großhändler ihre reiche Ernte zur Schau. An dem Kaufkraft auf die Taschen der Arbeiter sind die industriellen Ausbeuter in gleichem Maße beteiligt. Das Ergebnis der Nationalisierung, die den Arbeitern mit allen möglichen Versprechungen und Prophezeiungen von den reformistischen Gewerkschaftsführern schmachtet gemacht wurde, findet in den ungeduldrigen Protesten ihren Ausdruck. Während die amtlichen statistischen Zahlen fortgesetzt eine Steigerung der notwendigen Lebensmittel verzeichnen, stellt die Statistik des Instituts für Konjunkturforschung fest, daß 60 Prozent der deutschen Arbeiter mit Monatslöhnen unter 100 Mark abgepreßt werden, daß aber der Durchschnitt der Minderernte im vergangenen Jahre 2,46 Prozent betrug.

dazu veranlassen, die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion auch fernerhin zu beschleunigen, um beim Wettrennen nicht aus Hintertreffen zu geraten. Die imperialistischen Gegenstände sind so stark geworden, daß sich die imperialistischen Regierungen heilen werden, sie in Kampfmaßnahmen gegen den proletarischen Staat auszusprechen.

Chamberlain und Briand haben inzwischen ihre Absicht auf Sonnabend verkündet. Die Forderungen der Locarno-Mächte sind vorgeklert und gestern zustande gekommen und werden heute weitergeführt. Über den Inhalt ist bis zur Stunde noch nichts Näheres bekannt geworden.

Das Urteil im Turatti-Prozess

Berlin, 15. September. (Telunion.) Die Volkszeitung aus Rom meldet, hätte das Schwurgericht in Sopona gestern das Urteil im Turatti-Prozess Turatti und fünf seiner Helfershelfer wurden zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Führer des Motorbootes, das Turatti nach Kofila brachte, erhielt 11 Monate Gefängnis. Vier weitere Angeklagte wurden freigesprochen. Die Verurteilung erfolgte in contumacia.

Millionen für den Herzog von Koburg

Weimar, 16. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Der thüringische Finanzminister Tolle teilte gestern dem Landtag mit, daß das Arbeitsministerium ein Abkommen mit dem früheren Herzog von Koburg-Gotha über ehemalige Forderungen ausgehandelt. Genau wie die preussische Regierung den Hohenzollern, so hat auch die thüringische Regierung dem Herzog von Koburg-Gotha Millionen überantwortet. In den nächsten Tagen soll dem thüringischen Landtag außerdem nähere Mitteilung über den Stand der Verhandlungen mit dem schwarzburger Fürstentum und dem früheren Herzog von Sachsen-Altenburg gemacht werden.

Terrorwahlen in Bessarabien

Bukarest 15. September. (Telunion.) Wie die Blätter melden, kam es bei den Nachwahlen in Bessarabien vielfach zu schweren Zusammenstößen. In Grostoc wurde bei Zusammenrufen zum Wählen und der Wahl ein Mann getötet und zahlreiche Personen schwer verletzt.

Das nennt man Gesundung der Wirtschaft. So sieht das Ergebnis der Nationalisierung aus, das für die Unternehmer zweifellos noch günstiger, für die Arbeiter noch schlechter liegt, wenn man berücksichtigt, daß die Industrie im Jahre 1927 bedeutend besser beschäftigt war, als im Jahre 1926. Der Durchschnitt der Aktienprofite liegt also in diesem Jahre noch über den vorjährigen Zahlen, während die Arbeiter die Kosten der Mietpreissteigerung mit ihrem „täglichen Brot“ bezahlen.

Angehts dieser Dinge, die den letzten Arbeiter zum Nachdenken zwingen, ist es nur verwunderlich, wenn es in den einzelnen Industrien und Betrieben nicht schon eher zu größeren Lohnkämpfen infolge der ungenügenden — oft noch aus langer Zeit tariflich festgelegten Löhne gekommen ist. Je mehr aber der Winter heranrückt, je brutaler die Ausplünderung der Arbeiter betrieben wird, — um so mehr wächst der Widerstand und der Unwille der Arbeiter. Die Front der Arbeitskämpfe um Lohn und Brot verbreitert sich.

Die Berliner Metallarbeiter haben vor kurzem in einer Funktionärerversammlung den Beschluß gefaßt, die Ortsverwaltung zu beauftragen, dem Verband der Berliner Metallindustriellen eine Forderung zu unterbreiten, nach der die Löhne für die männlichen Arbeiter betragen sollen:

- Einstellungslohn und Affordbasis:
- Klasse 1: 1,20 RM. pro Stunde,
 - Klasse 2: 1,15 RM. pro Stunde,
 - Klasse 3: 1,05 RM. pro Stunde,
 - Klasse 4: 0,95 RM. pro Stunde.

Entsprechende Forderungen sind selbstverständlich auch für die weiblichen Arbeiterinnen aufgestellt worden, die im einzelnen hier aufzuführen nicht notwendig erscheint. Dieser Forderung zufolge kann damit gerechnet werden, daß es in Berlin über kurz oder lang zum Ausbruch eines ersten Lohnkampfes kommt.

In Solingen befinden sich die Arbeiter in einem offenen Konflikt mit den Unternehmern. Die Metallarbeiter verlangten angesichts der günstigen Konjunktur in der Solinger Stahlwarenindustrie eine Lohnaufbesserung von 20 Prozent. Die Unternehmer antworteten darauf mit der Androhung der Ausplünderung. Obwohl die Reformisten des Hauptvorstandes des DVM, voran der SPD-Mann Erner, versuchten, entgegen dem Beschluß der dortigen Ortsverwaltung mit den Unternehmern vor dem Schlichter Vereinbarungen zu treffen, alle Kampfmaßnahmen aufzuheben und die Streikenden in die Betriebe zurückzuführen, beschloßen die Streikenden, einmütig im Kampfe zu verharrten, und der Hauptvorstand mußte durch seinen Vertreter Toß die Beschlüsse der kämpfenden Metallarbeiter anerkennen. Infolge der glänzenden Solidarität der Solinger Kollegen ist es gelungen, die reformistische Sabotage zu brechen und die Front gegen die Unternehmer zu festigen.

So wächst der Kampfwille an allen Orten. Auch in Dresden steigert sich die Unzufriedenheit mit den geltenden Löhnen. In den Betrieben von Anton Reich, Seidel u. Kaumann, Schiffswerk Uebigau und im Sachsenwerk haben die Funktionäre zu der Lage in der Metallindustrie Stellung genommen. Bei Seidel u. Kaumann sprach sich der SPD-Betriebsratsvorsitzende Teuber gegen eine Entschärfung aus, die die Betriebsleitung aufforderte, Schritte zu unternehmen, um zu einer zwischentariflichen Lohnregelung zu kommen, die den Teuerungsvorhältnissen entspricht. Die Hilfsleistung, die Teuber der Betriebsleitung zukommen lassen wollte, fand bei den Funktionären kein Verständnis. Er und zwei seiner Getreuen blieben allein auf weitem Feld. Die Entschärfung wurde mit großer Mehrheit angenommen. So wie bei S. u. R., so auch im Sachsenwerk und in anderen Großbetrieben. Ueberall fordern die Arbeiter eine Herabsetzung des Tarifvertrages, der bekanntlich einen Grundlohn für die Arbeiter über 30 Jahre von 78 Pf. vorsieht und bis zum 31. März 1928 unfundbar ist. Selbst wenn man beachtet, daß der Stundenlohn in der Dresdner Metallindustrie für Leistungsfähigere 83,2 Pf. und für hochqualifizierte 67,5 Pf. beträgt, und wenn man weiter in Rechnung stellt, daß der übergroße Prozentsatz der gelernten Arbeiter im Afford beschäftigt und hier und dort über diese Höhe hinaus verdient wird, so muß doch gesagt werden, daß eine solche tarifliche Regelung bei der ungeheuren Intensität der Arbeit und angesichts der verteuerten Lebenshaltungskosten einem Hundelohn gleichkommt. Noch schlimmer liegen die Verhältnisse bei dem häufig in Lohn beschäftigten Freer der Ungelernten und Angelehnten. Bei den ersteren beträgt der Stundenlohn 70,5 Pf., während die Angelehnten 4—8 Pf. pro Stunde mehr zu verdienen in der Lage sind. Ganz zu schweigen von der geradezu hämmerlichen Bezahlung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mit dieser Lohnregulierung sollen sich die Dresdner Metallarbeiter nicht nur den ganzen Winter hindurch, sondern bis zum April des nächsten Jahres abfinden. Die lange Dauer der tariflichen Bindung bedeutet nicht nur eine Sentung des Reallohnes,